

Motion

1403 Gresch, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 5

Eingereicht am: 17.11.2003

BKW: Gewinne für Kanton, KundInnen und Energiezukunft

Der Kanton Bern hat mit dem 3. Energiebericht zwar die zukünftige Energiepolitik abstecken können, die Gelder, die er in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien investieren kann sind aber angesichts der schwierigen Finanzsituation eng begrenzt. Während sich der Kanton Bern in diesem Bereich selber nur noch marginal engagieren kann, macht sein eigenes Energieunternehmen, die BKW FMB Energie AG Gewinne in dreistelliger Millionenhöhe. Dank diesen Gewinnen gewährt die BKW ihren KundInnen 2003/2004 eine Strompreissenkung. Mit diesen Gewinnen und dem vorhandenen Eigenkapital liesse sich für den Kanton Bern und für eine zukunftsfähige Energiepolitik aber noch viel mehr machen. Als Mehrheitsaktionär der BKW FMB Energie AG hat es der Kanton in der Hand, die Gewinnverwendung zu beeinflussen.

Mit vorliegender Motion wird der Regierungsrat beauftragt, Szenarien zu entwickeln für die verbesserte Nutzung der BKW-Gelder zugunsten der Kantonskasse, der KundInnen und einer zukunftsgerichteten Energiepolitik. Zwei Möglichkeiten seien hier aufgezeichnet:

Szenario 1

„Innovationsfonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz“: Der Kanton setzt sich dafür ein, dass die BKW analog dem „Stromsparfonds“ des zürcherischen EWZ einen „Innovationsfonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ schafft. Gespiesen wird dieser Fonds durch einen zu bestimmenden Prozentsatz des budgetierten Gewinnes (EWZ: 10%). Die Fonds-Erträge werden von der BKW zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien an ihre KundInnen rückerstattet.

Szenario 2

„Erhöhung der Dividendenausschüttung“: Als Mehrheitsaktionär der BKW FMB Energie AG nimmt der Kanton Einfluss auf die Höhe der Gewinnausschüttung des Unternehmens. Angesichts der hohen Gewinne und der beträchtlichen Rückstellungen wird die Dividendenauszahlung erhöht. Die Hälfte der zusätzlich an den Kanton ausgeschütteten Dividendenzahlungen werden von diesem in die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien investiert.

Weitere Szenarien sind vom Regierungsrat aufzuzeigen.

Begründung:

Das Halbjahresergebnis der BKW FMB Energie AG für das erste Halbjahr 2003 weist ein Gewinnwachstum von 29 Prozent, in absoluten Zahlen von 126 Mio. Franken aus. Infolgedessen hat die BKW ihren KundInnen eine Strompreissenkung in Aussicht gestellt. Dies ist

erfreulich und ein Ansatz dazu, die hohen Gewinne, die ja auch von den KundInnen finanziert wurden, diesen wenigstens teilweise wieder zurückzuerstatten.

Die hohen Gewinne und die entsprechend hohe Eigenkapitalbasis lassen es zu, dass nicht nur die KundInnen, sondern auch der Kanton und eine zukunftsgerichtete Energiepolitik verstärkt profitieren. Dazu gibt es diverse Möglichkeiten und Szenarien.

Zu Szenario 1:

In der Stadt Zürich wird vom städtischen Energieunternehmen EWZ der „Stromsparfonds“ betrieben, von welchem Kundschaft und Energiepolitik profitieren: Mit den Fondseinnahmen erhalten EWZ-KundInnen z.B. beim Kauf von energieeffizienten Geräten (Energieetikette, A-Geräte) namhafte Vergünstigungen, weiter werden auch Anlagen für die Nutzung erneuerbarer Energien unterstützt. Die KundInnen profitieren auch dadurch, dass durch die effizienteren Geräte wiederum der Stromverbrauch und damit die Stromrechnung sinkt. Ein solches Programm, welches direkt über das Energieunternehmen abgewickelt wird, kann auch im Kanton Bern durch die BKW etabliert werden. Der neue Fonds wäre eine Erweiterung des bereits bestehenden BKW-Fonds aus naturemade-Sta Anlagen.

Zu Szenario 2:

Aus dem BKW-Jahresgewinn 2002 von 207 Mio. Fr. erhielt der Kanton Bern eine Dividende von 22 Mio. Fr. Insgesamt hat das Unternehmen 17 Prozent seines Gewinns an die AktionärInnen ausbezahlt. Angesichts der guten Eigenkapitalbasis, der vorhandenen grossen Rückstellungen und angesichts der schlechten Finanzlage des Kantons Bern drängt es sich auf, dass die Dividendenausschüttung der BKW erhöht wird. Die Hälfte des dadurch zusätzlich dem Kanton zufließenden Geldes könnte direkt in die Staatskasse, die andere Hälfte reinvestiert werden in die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat nimmt zu den beiden Anliegen der Motionärin wie folgt Stellung:

Szenario 1: Innovationsfonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Die BKW FMB Energie AG (BKW) ist ein fortschrittliches Unternehmen, das in der Schweiz wiederholt Pionierarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien und der naturgerechten Stromproduktion geleistet hat. Zu erwähnen sind zum Beispiel Solaranlagen auf dem Mont Soleil und auf dem Wankdorf-Stadion, das Windkraftwerk Juvent und der Biberpfad beim Wasserkraftwerk Aarberg. Diese Anlagen haben in den Medien grosse Beachtung gefunden. Ein Innovationsfonds im Sinne der Motionärin wäre ein weiteres, innovatives Engagement in diesem Bereich. Der Regierungsrat wird sich über die Kantonsvertretung im Verwaltungsrat der BKW dafür einsetzen, dass ein solcher Innovationsfonds sorgfältig geprüft und - sofern es unternehmerisch sinnvoll ist, beispielsweise aus Marketing-Überlegungen - auch geschaffen wird.

Es ist jedoch schon jetzt darauf hinzuweisen, dass die rechtliche Situation bei der BKW als privatrechtliches Unternehmen ganz anders ist als beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ). Das EWZ untersteht öffentlich-rechtlichen Vorschriften, der politische Einfluss auf das Stadtwerk ist gross. Die BKW ist eine Aktiengesellschaft nach Obligationenrecht (OR). Sie ist insbesondere zur Gleichbehandlung der Aktionäre verpflichtet (Artikel 706 Absatz 2 Ziffer 3 OR) und darf nicht aufgrund von energiepolitischen Interessen des Kantons Bern Massnahmen finanzieren, die nicht im Interesse der Gesellschaft bzw. sämtlicher Aktionäre sind. Der Regierungsrat kann über die Generalversammlung sowie über die Kantonsvertretung im Verwaltungsrat auf die BKW Einfluss nehmen. Er wird seine energiepolitischen Ziele weiterhin in erster Line im Rahmen der kantonalen Energiegesetzgebung und

mit den im 3. Energiebericht umschriebenen Massnahmen angehen. Der Regierungsrat beantragt, Szenario 1 als Postulat anzunehmen.

Szenario 2: Erhöhung der Dividendenausschüttung und 50% davon reinvestieren in die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien

Die BKW hat seit dem Jahr 2000 die Dividendenausschüttung kontinuierlich gesteigert:

Geschäftsjahr		2000	2001	2002	2003
Konzerngewinn	in Mio. CHF	183.2	195.8	207.2	252.8
Ausschüttungsquote	in %	7.2	15.5	17.1	31.3
Aktienkapitalanteil Kt. BE	in %	63.5	63.5	63.5	52.9
Dividendenanteil Kt. BE	in Mio. CHF	8.4	19.3	22.5	41.9
Dividende Kt. BE	pro Aktie in CHF	2.5	5.75	6.7	15

Gemäss aktueller Unternehmensstrategie will die BKW die Ausschüttungsquote bis ins Jahr 2007 kontinuierlich auf ca. 30% des Jahresgewinnes steigern. Da für das Geschäftsjahr 2003 ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis mit einem Konzerngewinn von ca. 253 Mio. Franken erwartet wird, hat jedoch der Verwaltungsrat der BKW bereits für das Jahr 2003 eine Dividendenausschüttung von 31,3% beschlossen. Bei einem Nennwert von 25 Franken pro Aktie werden 15 Franken pro Aktie als Dividende ausgeschüttet, davon 5 Franken als Sonderdividende. Damit erreicht die BKW im gesamtschweizerischen und europäischen Vergleich eine hohe Ausschüttungsquote.

Der Regierungsrat setzt sich auch in Zukunft dafür ein, dass die Kunden und die Aktionäre von guten Geschäftsergebnissen angemessen profitieren, sofern die unternehmerische Entwicklung der BKW durch eine verstärkte Gewinnausschüttung nicht beeinträchtigt wird. Neben den aktuellen Kundenförderungsprogrammen und den Dividendenausschüttungen fallen beispielsweise Nennwert- und Kapitalrückzahlungen an die Aktionäre in Betracht. Solche Massnahmen werden im Hinblick auf den Jahresabschluss 2004 zu prüfen sein.

Einen Teil der Einnahmen aus der BKW zur Förderung von Alternativenergien einzusetzen, lehnt der Regierungsrat ab. Er will die Förderung von Alternativenergien weiterhin im Rahmen der kantonalen Energiegesetzgebung und mit den im 3. Energiebericht umschriebenen Massnahmen angehen. Die Einnahmen des Kantons aus der BKW sollen hingegen ausschliesslich zum Abbau der Staatsschulden verwendet werden. Der Kanton Bern hat in den letzten Jahren seine Dividendeneinnahmen aus der BKW kontinuierlich steigern können, obwohl er seinen Aktienkapitalanteil reduziert hat. Durch den Verkauf von BKW-Aktien hat der Kanton Bern im Jahr 2003 einen Nettoerlös von rund 175 Mio. Franken realisieren können. Die Beteiligung des Kantons an der BKW leistete damit einen willkommenen Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts.

Aus den dargelegten Gründen lehnt der Regierungsrat das Szenario 2 ab.

Antrag:

Szenario 1: Annahme der Motion als Postulat

Szenario 2: Ablehnung der Motion

An den Grossen Rat